

Dialektiken der Un/Verfügbarkeit: Postwachstum und Demokratie

Ulf Bohmann

Die Grundthese der hier skizzierten Perspektive ist, dass sowohl in der politischen Dimension der Demokratie als auch in der sozialökologischen Dimension des Postwachstums konstitutiv mit der Frage nach Verfügbarkeit und Unverfügbarkeit gerungen wird.¹ Es ist zum einen ein paralleles Ringen, weil die beiden theoretisch diametral gegenüberstehenden Momente der Un/Verfügbarmachung jeweils gleichzeitig innerhalb von beiden Dimensionen wirken, sich also nicht prinzipiell oder umstandslos einer Seite zuschlagen lassen. Es ist zum anderen ein dialektisches Ringen, weil sich für beide Dimensionen zwar ein charakteristischer Überhang in puncto Un/Verfügbarkeit beschreiben lässt – Demokratie tendiert primär zur Verfügbarmachung, Postwachstum primär zur Unverfügbarmachung –, andererseits stets auch typische Gegenmomente in entgegengesetzter Richtung dazu wirken.² Dies wird zunächst kurz für die Demokratie im Allgemeinen plausibilisiert (1.), und sodann auf das Postwachstum übertragen (2.). In der vergleichenden Betrachtung von Demokratie und Postwachstum ist es sinnvoll, jeweils Untertypen zu identifizieren, denn es lässt sich zeigen, dass die Stoßrichtungen insbesondere dann eine signifikante Verbindung eingehen können, wenn sich eine radikaldemokratische Perspektive mit einer ausdrücklich emanzipativen Postwachstumsperspektive kreuzt (3.). Die Verknüpfungslinien werden schließlich anhand dreier Varianten der zeitgenössisch yieldiskutierten Figur radikaler Demokratie durchgespielt (4.). Dabei liegt zugleich die Annahme zugrunde, dass sich emanzipative Postwachstumsforderungen weder in einer ökonomischen noch ökologischen Dimension (oder deren Kombination) erschöpfen, sondern stets

-
- 1 Für wertvolle Hinweise und konstruktive Diskussionen möchte ich Uwe Schimank und Jan Gärtner sowie allen Teilnehmenden bei den Treffen des DFG-Netzwerkes "Soziologie des Un/Verfügaren" danken.
 - 2 Maßgeblich für die folgenden Ausführungen sind allgemeine Tendenzen der Un/Verfügbarmachung. Dementsprechend wird hier nicht nach der vierteiligen Typologie von Hartmut Rosa – Sichtbar-, Erreichbar-, Beherrschbar- und Nutzbarmachen – differenziert (Rosa 2020, 21ff.).

einen distinkt demokratiebezogenen Kern haben, und sich als (vordringlich affirmative) Politisierung der Ökologisierung und (vordringlich kritische) Politisierung der Ökonomisierung darstellen. Ziel der folgenden Ausführungen ist es, die jeweiligen charakteristischen Un/Verfügbarkeitsprofile zu skizzieren.

1. Demokratie

Um was geht es überhaupt, wenn von „Demokratie“ die Rede ist? Demokratie bedeutet stets, im Medium der Selbstbestimmung einen grundlegenden *Zugriff auf die Gesellschaft* zu haben – oder genauer: dass Gesellschaft einen Zugriff auf sich selbst hat (zum gesellschaftstheoretischen Kontext Bohmann 2020). Diese Bestimmung ist soziologisch zentral und entscheidend für die weitere Argumentation, wird jedoch nur allzu leicht vergessen, wenn allein auf spezifische Institutionalisierungsformen fokussiert wird. Das typische Narrativ (oder auch Versprechen) der Moderne, dass sich mit dem Zeitalter der Aufklärung durchsetzt, lautet folgendermaßen: Der Lauf der Geschichte, und mithin auch die Einrichtung der Gesellschaft, folgt keiner unabänderlichen kosmischen Ordnung, sondern wird gemacht – und für moderne Demokratie heißt das: prinzipiell selbst gemacht. Gesellschaft muss somit auch als grundsätzlich *gestaltbar* gelten, soll also verfügbar gemacht werden. Die Grundsatzfrage ist dabei: Was an den sozialen Verhältnissen ist autonom und intentional gestaltbar – und damit basal verfügbar –, und wo herrschen Eigenlogik, Unsteuerbarkeit oder bewusster Zugriffsverzicht vor? Gesellschaftstheoretisch ist es plausibel, von der prinzipiellen Politisierbarkeit und gezielten Veränderbarkeit aller Verhältnisse in der Gesellschaft auszugehen, wahlgemerkt ohne jemals alle Verhältnisse gleichzeitig und vollständig politisiert zu sehen (denn dann wäre gleichsam nichts politisiert). Entsprechend wäre vielmehr *historisch* zu unterscheiden, was zu einem gegebenen Zeitpunkt dem demokratischen Zugriff zugänglich ist (bzw. sein soll) und was nicht. Dabei kommen auch und gerade die jeweils vorherrschenden Schranken in den Blick, und damit auch die jeweilige substantielle Ausgestaltung dessen, was als demokratisch gelten darf. Dies geschieht charakteristisch auf umkämpfte, praktisch unterschiedlich interpretierte und normativ ambivalente Weise. So scheint etwa grundsätzlich die Menschenwürde unantastbar, das Ausmaß an staatlichem Eingriff in das individuelle Leben aber höchst variabel (sowohl bei

global divergierenden Menschenrechtsvorstellungen, als auch etwa bei Zumintharkeiten gegenüber geflüchteten Menschen). Bestehende Eigentumsverhältnisse wiederum mögen entweder als vor dem Zugriff geschützter Bereich, oder umgekehrt als zu demokratisierende Größe gelten (mit je unterschiedlichen Vorzeichen bei individuellem und kollektivem Eigentum). Betrachtet man mithin die historische Genese verschiedener Versuche der Un/Verfügbarmachung,³ wird deutlich: Je nachdem wer wo wann welchen Zugriff auf was anstrebt (oder verhindern will), wird Unverfügbarkeit also als Krisenphänomen oder als Abwehrerfolg verbucht werden.

In der gegenwärtigen soziologischen, vor allem aber auch politischen Theorie gibt es eine ganze Reihe von miteinander verwandten, einschlägigen Fachbegriffen, um auf Konstellationen und Phänomene zu rekurrieren, die in den Bereich der Unverfügbarkeit weisen. Es sind dies typischerweise spätmoderne *Problemdiagnosen*. Mit jeweils etwas verschobenen Schwerpunkten sind das etwa die Unregierbarkeit, der Mangel an politischer Steuerungsfähigkeit oder der Souveränitätsverlust. Dabei wird in der Regel auf Ebene des Staates argumentiert, teilweise aber auch das politische System als Ganzes in den Blick genommen. Die adressierten Phänomene reichen etwa von der fehlenden Umsetzungsfähigkeit in ‚failed states‘ (die dazu führt, dass in bestimmten Regionen oder bei bestimmten politischen Themen die bestehenden Gesetze nicht angewandt bzw. durchgesetzt werden können), über permanente ‚Outputprobleme‘ des administrativen Systems (insb. in Wohlfahrtsfragen, was zu fehlender ‚Massenloyalität‘ und damit zu Legitimationskrisen⁴ führen kann) oder postdemokratischer Verlagerungen der maßgeblichen Entscheidungsgewalt (vom politischen in den wirtschaftlichen Bereich im Sinne Colin Crouches, oder in nicht legitimierte, „technokratische“ Körperschaften im Sinne des „Souveränitätsefekts“ von Joseph Vogl), bis zum notwendigen Scheitern des politischen Systems (an seinem zentralisierenden Gestaltungsanspruch der Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen bzw. an der Eigenlogik anderer sozialer Systeme im Sinne Niklas Luhmanns (vgl. Crouch 2008; Vogl 2015; Luhmann 1987)). In allen diesen Bereichen geht es darum, dass der politische/demokratische Zugriff – gemessen an den formulierten Gestaltungsansprüchen – nicht hinreichend ist. Insofern korrespondieren die genann-

3 Siehe zur Einordnung die Typologie der Analyse von Un/Verfügbarkeit in der Einleitung dieses Bandes.

4 Zur Übersicht siehe Bohmann (2023).

ten Begriffe mit einer relativen und jeweils historischen Unverfügbarkeit, nicht mit einer sachlich oder zeitlich betrachtet prinzipiellen.⁵

Vereinfachend lässt sich insgesamt festhalten: Für die Demokratie gilt in aller Allgemeinheit ein konstitutives Bekenntnis zu bzw. ein Überhang der Verfügbarkeit, mit historisch variablen, dialektischen Gegenmomenten der Unverfügbarkeit in Form von demokratisch gesetzten Zugriffsbeschränkungen.

2. Postwachstum

Gegenwärtig wird wissenschaftlich wie politisch intensiv über die krisenhafte Wachstumsgenerierung durch unablässige Erschließung natürlicher und sozialer Ressourcen – mithin der immer weitreichenderen Verfügbarmachung von Natur und Gesellschaft – diskutiert (etwa Latouche 2006; Jackson 2009; Paech 2012; Muraca 2014; zum Überblick insb. D’Alisa et al. 2015; AK Postwachstum 2016). Über die verschiedenen Spielarten und Strömungen hinweg dreht sich der Begriff ‚Postwachstum‘ (bzw. oft synonym: ‚Degrowth‘) um eine Kritik der Hegemonie des Wirtschaftswachstums wie auch um die Transformationsvision einer anderen, besseren Gesellschaft (Schmelzer und Vetter 2019). Sozialökologisch betrachtet geht es dabei um die Frage, wie eine nachhaltige Nutzung vorhandener Ressourcen aussehen kann – wo also die mal quantitative, mal qualitative Trennlinie der Verfügbarkeit besteht. Da Natur und Gesellschaft weder absolut fixierte noch beliebige Größen sind, ist auch die Endlichkeit von Ressourcen (bzw. deren Regenerierbarkeit) eine nicht essentialistisch zu beantwortende Frage.

Während die Betonung der Sozialökologie nicht zwingend bzw. logisch mit der Demokratiefrage verknüpft sein muss, ist sie dies im Postwachstumskontext sehr wohl und auf tiefgreifende Weise. Schmelzer und Vetter dürfen als weitestgehend repräsentativ für den Diskurs gelten und identifizieren – unmittelbar die zwei hier interessierenden Dimensionen verknüpfend – drei inhaltliche Kernziele, die es in einem demokratischen Transformationsprozess anzustreben gelte: „Globale ökologische Gerechtigkeit“, „Gutes Leben“ und „Wachstumsunabhängigkeit“ (Schmelzer und Vetter 2019, 24ff. und 158ff.). Und noch expliziter: Im Postwachstum werden zu-

5 Das letztgenannte Beispiel der Luhmannschen Systemtheorie ist sicherlich der maximale Grenzfall, aber auch hier geht es um typisch moderne Arrangements, nicht um Politik überhaupt.

gleich Mittel und Ziel der „Repolitisierung und Demokratisierung“ verfolgt (ebd., 22).

Im obigen Sinne demokratiebezogen betrachtet und mit Blick auf die Unverfügbarkeitsfrage ist das Postwachstumsmotiv jedoch zunächst einmal *ambivalent*: Einerseits setzt es *Schranken* des Zugriffs, die zudem Auswirkungen auf andere demokratische Ziele haben (sinkender Wohlstand durch geringere Wertschöpfung macht etwa Armutsbekämpfung schwieriger). Hier wird die ‚Regierbarkeit‘ oder ‚Steuerbarkeit‘ der Natur grundsätzlich problematisiert, und umgekehrt auf eine nachhaltige ökologische Einbettung gesetzt, also gewissermaßen eine graduelle Unverfügbarkeit der Natur in Stellung gebracht. Sie ist graduell und nicht prinzipiell aus mindestens zwei Gründen: Erstens wird naheliegenderweise keine strikte, quasireligiöse Erhabenheit der Natur propagiert, in die man nicht eingreifen dürfe, sondern eine stabilisierende, beiderseitig existenzsichernde – eben nachhaltige – Nutzbarmachung gefordert. Zweitens ist der Planet Erde zwar prinzipiell begrenzt, als dynamischer Organismus hat die Natur aber wiederum keine absoluten Grenzen, der Grad an nachhaltiger Nutzbarmachung ohne fortschreitende Naturzerstörung kann, darf und wird aber variieren. Andererseits geht es um eine *Befreiung* aus der kapitalistischen Sachzwanglogik, permanentes Wachstum als unverrückbaren Selbstzweck und politisches Mantra verstehen zu müssen (dazu ausführlich diskutierend Ketterer und Becker 2019).⁶ Dies bedeutet eine Zunahme an demokratischer Souveränität und eröffnet demokratische Optionen bei der Beantwortung der Frage, wie wir eigentlich leben wollen, oder anders formuliert: es macht diese Optionen politisch verfügbar. Sozioökonomisch gibt es dann zwar simpel gesagt weniger zu verteilen, aber auch Umsteuerungsmöglichkeiten und neue Gestaltungsenergien.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass für das Postwachstum in aller Allgemeinheit ein Überhang der Unverfügbarkeit als Begrenzung der ökonomischen Verfügbarmachung von Natur (und Mensch) zu konstatieren ist, mit dem dialektischen Gegenmoment einer Zunahme der demokratischen Verfügbarmachung jenseits von Sachzwanglogik auf die Ziele, Formen und Tiefengrade der Ökonomie.

6 Eine ähnliche Dialektik aus sozialökologischer Begrenzung und Befreiung findet sich sehr ausgeprägt in der Kritischen Theorie bei Herbert Marcuse (Marcuse 1987 [1973], 2014 [1964]; vgl. dazu Hogh 2021).

3. Kreuzungen: Emanzipatives Postwachstum und radikale Demokratie

Die Kreuzungen von Postwachstum und Demokratie können insgesamt als historisch spezifische Ausformungen einer Dialektik der Un/Verfügbarkeit verstanden werden. Es ist plausibel, diese zumindest in Teilen wiederum als durch historisch spezifische Erfahrungen von Un/Verfügbarkeit geprägt zu betrachten. Wird beispielsweise die Postwachstumsbewegung als Anschluss an eine Erfahrung der Unverfügbarkeit endlosen Wachstums verstanden, lässt sich hier die These aufstellen, dass diskursive Herstellungen von Un/Verfügbarkeiten in der demokratischen Debatte wiederum als Anschlüsse an anderweitige Un/Verfügbarkeitserfahrungen gefasst werden können. Diese Perspektive bietet die Möglichkeit einer historischen Analyse der Verhältnisse zwischen Erfahrungen von Un/Verfügbarkeit und diskursiver Herstellung von Un/Verfügbarkeitsstrukturen im Politischen, die potenziell interessante Implikationen für die Analyse aktueller Diskurse hervorzubringen vermag.

An dieser Stelle ist eine *weiterführende Präzisierung* angebracht. Bisher war von ‚Demokratie‘ und ‚Postwachstum‘ in einem maximal allgemeinen Sinne die Rede. Wenn man darüber hinausgehen und theoretische Entsprechungen angemessener herausarbeiten möchte, sind interne Unterscheidungen vonnöten. Gleichwohl sollen hier nicht alle möglichen oder gemeinhin als relevant geltenden Begriffsentfaltungen eine Rolle spielen. Vielmehr werden für beide Dimensionen zwei Subtypen hervorgehoben und im Folgenden herangezogen. Die weiterführende These lautet entsprechend, dass Demokratie und Postwachstum insbesondere dann gehaltvoll korrespondieren, wenn ein emanzipatives Postwachstumslager und radikale Demokratieverstellungen zusammentreffen.

Im *Postwachstumsspektrum* betrifft dies zugleich theoretische Entsprechungen und faktische Selbstverständnisse von Protestgruppen und sozialen Bewegungen. Um dies sichtbar machen zu können, bietet sich jedoch an, das Spektrum weiter aufzugliedern (zur Vermessung der Mentalitäten in der Bewegung vgl. Eversberg und Schmelzer 2018).⁷ Vereinfachend kön-

7 Eversberg und Schmelzer (2018) schlüsseln die Postwachstumsbewegung differenzierter, praxisnäher und empiriebezogen näher auf. Dort werden anhand von Befragungsdaten über eine Korrespondenzanalyse fünf Milieus identifiziert, namentlich „Modernistisch-Rationalistische Linke“, „Alternative Praxislinke“, „Voluntaristisch-Pazifistische Idealist*innen“, „Immanente Reformer*innen“ und „Suffizienzorientierte Zivilisationskritiker*innen“ (ebd., 28f.). Diese lassen sich für die Autoren, den obigen Ausführungen nicht unähnlich, entlang dreier Achsen – Aktivismus, Ökologie vs. Ökonomie,

nen hier in puncto Demokratie drei Typen unterschieden werden (vgl. Bohmann und Muraca 2016, 292ff.): (1) Ein *begrenzender* Typus: Hier wird entweder in (liberal-)konservativer Ausrichtung von einer schrumpfenden Wirtschaft auf schrumpfende demokratische Ansprüche (insbesondere in wohlfahrtsstaatlicher Hinsicht) geschlossen, oder in faschistoider Ausprägung ein demokratischer Egalitarismus zum Wohle des ökologischen Selbsterhalts komplett zurückgewiesen. (2) Ein *indifferenter* Typus: Hier wird die Demokratiefrage ausgeklammert und entweder rein ökonomisch auf Suffizienz und Produktionsänderung oder rein ökologisch auf Umweltschutz und Konsumreduktion gezielt. (3) Ein *emanzipativer* Typus: Hier werden die sozialökologische und die demokratische Transformationsfrage zugleich gestellt und miteinander verknüpft. Dieses teilweise im Diskurs und insbesondere in sozialen Bewegungen dominante Lager tritt typischerweise dezidiert kapitalismuskritisch und mit hohem Demokratisierungsanspruch auf.

Für alle Varianten des Postwachstums wäre es aufschlussreich, explizite wie implizite Demokratieverstellungen herauszuarbeiten. Dabei könnte idealerweise gezeigt werden, welche Demokratieelemente jeweils als verzichtbar oder gar hinderlich gerahmt werden, welche Annahmen eines Status Quo es gibt, und welche inhaltlichen Entwicklungsrichtungen unterstellt oder angestrebt werden. Für die weitere Argumentation wird jedoch leitend sein, allein das demokratisch besonders ambitionierte *emanzipative* Postwachstumslager herauszugreifen, und mit einem zeitgenössisch vieldiskutierten Ansatz zu kreuzen, der ebenfalls eine besonders ambitionierte Entwicklungsperspektive gegenüber real existierenden Demokratien einnimmt: dem Ansatz der *radikalen Demokratietheorie*. Dabei handelt es sich – trotz der zuletzt recht erfolgreichen Durchsetzung einer bestimmten Variante – um einen de facto sehr heterogenen Diskurs, mit einer enormen Bandbreite theoretischer Gewährsleute, seien es Carl Schmitt, Antonio Gramsci, Aristoteles, Jean-Jacques Rousseau oder Immanuel Kant. Im Folgenden werden sowohl aus systematischen wie komplexitätsreduzierenden Gründen drei Varianten skizziert und auf ihren potenziellen Postwachstumsbezug hin befragt, um schließlich charakteristische Un/Verfügbarkeitsprofile zu modellieren.

Formen politischen Handelns – in ihren internen Spannungen zuordnen (ebd., 29ff.). Dabei gilt es jedoch den Erhebungskontext zu berücksichtigen: Da die Daten aus Teilnehmendenbefragungen der eher aktivistischen Leipziger Degrowth-Konferenz 2014 stammen, darf angenommen werden, dass eine überproportional große Überschneidung zum hier als „emanzipativ“ dargestellten Lager besteht.

4. Radikale Demokratie: Drei Varianten

Im emanzipativen Postwachstumslager besteht zum einen die Überzeugung, die sozialökologischen Transformationsziele auf demokratischem Wege zu erreichen. Zugleich ist damit aber ein weiterreichendes Ziel verknüpft: Die *Transformation der Demokratie selbst* (dazu Bohmann und Muraca 2016, insb. 295ff.). Das heißt, dass es aus dieser Perspektive nicht hinreicht, dichotom zwischen demokratischen und undemokratischen Zuständen zu unterscheiden, und auch nicht, im (länderabhängig) formal bereits realisierten demokratischen Status Quo zu verbleiben. Ziel ist mithin eine *Demokratisierung der Demokratie*. Dieses überschreitende Moment ist insbesondere im schillernden Ansatz einer radikalen Demokratie gegeben, der mittlerweile im Zentrum der politik- und gesellschaftstheoretischen Debatten angekommen zu sein scheint (Comtesse et al. 2019). Der vielgestaltige Diskurs wird im Folgenden aber weder als Monolith behandelt, noch auf eine bestimmte Denkerin bezogen, sondern in einer – wie es scheint noch relativ neuartigen – Aufbereitungsweise in Form von drei hier skizzenhaft modellierten Varianten dargestellt.⁸ Dabei handelt es sich um die eher liberale *deliberative Demokratietheorie* (I), die eher kommunitaristische Variante eines „Neo-Athen“-Ansatzes (II), sowie die – derzeit meist synonym mit radikaler Demokratie überhaupt gebrauchte – eher anarchistische Version des *Postmarxismus* (III). Die drei Varianten unterscheiden sich offenkundig stark, haben aber gemein, dass sie trotz des erwähnten theoretischen Bedarfs an Möglichkeiten der Demokratietransformation im Postwachstumsspektrum vergleichsweise wenig adressiert werden. Alle drei Varianten sollen in maximaler Kürze dargestellt, auf ihren Zusammenhang zum Postwachstum befragt, und in puncto Un/Verfügbarkeitsprofil eingeordnet werden.

(I) Ein in Anbetracht des gegenwärtigen Diskurses eher überraschender Typus radikaler Demokratie besteht in der deliberativen Demokratietheorie nach Jürgen Habermas. Dieser wird vergleichsweise selten entsprechend eingeordnet, nutzt in seinen Schriften aber die Selbstbezeichnung als Radikaldemokrat (etwa Habermas 1990, 36; Habermas 1992, 13; Habermas 1996, 386), und wurde zuletzt – unter Herausarbeitung des kontraintuitiv-

8 Damit wird die Zweiteilung aus Bohmann und Muraca 2016, 298ff. um die liberale Variante erweitert. Die zuletzt im neuen Referenzwerk – dem Handbuch Radikale Demokratietheorie (Comtesse et al. 2019) – eingeführte Skizze des Feldes ist ebenfalls dreiteilig angelegt und mit einigen Parallelen, aber unterschiedlichen Schwerpunkten (ebd., 12–15).

ambivalenten Status‘ – in das Handbuch Radikale Demokratietheorien einbezogen (Nonhoff 2019). Die deliberative Demokratietheorie tritt dabei als kantianisch inspirierter *prinzipienfester Prozeduralismus* auf, der vernünftigen demokratischen Verfahren in repräsentativen politischen Institutionen wie auch der Öffentlichkeit überhaupt den größten Wert einräumt. Dabei wird das regulative Demokratieprinzip radikalisiert, dass die Adressat:innen von Rechten und Normen sich auch als deren Autor:innen verstehen können müssen, und sich in diesem Deliberationsprozess der „zwanglose Zwang“ des besseren Arguments durchzusetzen hat (Habermas 1992; 1996). Durch Priorisierung des verständigungsorientierten kommunikativen Handelns und entsprechende radikaldemokratische Legitimationsprozesse könne sich die lebensweltliche Sozialintegration gegenüber der tendenziell kolonialisierenden Systemintegration durchsetzen (Habermas 1990, 36).

In puncto *Verfügbarkeit* zeigt sich somit ein gemischtes Bild: In der modernen Demokratie ist nicht metaphysisch vorgezeichnet, was entschieden werden kann – hier hat das Zugriffspotenzial historisch klar zugenommen. Vorherrschend ist aber die *Einhegung*: Erstens werden der politischen Verfügbarkeit qua Vernunft- und Verfahrensbedingungen bzw. Rechtsstaatlichkeit klare Grenzen gesetzt; zweitens wird gewissermaßen der *Verfügungsübergriff* des Systems auf die Lebenswelt ausbalanciert bzw. zurückgedrängt (aber in modernen Gesellschaften nie vollständig überwunden); drittens ist der Entscheidungsfokus kompromissorientiert, was besonders ambitionierte Zugriffe eher unwahrscheinlich macht (oder sogar unwahrscheinlich machen soll – insofern kann auch eine relative Unverfügbarmachung als normatives Theorieziel des Ansatzes gelten).

Im *Postwachstumskontext* bedeutet das vor allem, dass verselbständigte systemische Wachstumsimperative ein Problem sind, sich Fragen des Wirtschaftens also wieder stärker deliberativ-demokratisch angeeignet werden müssten. Zudem gerät so verstärkt die Betroffenheitsperspektive – man denke insbesondere an externalisierte Umweltschäden (Lessenich 2016) – als demokratische Größe in den Blick. Die Verankerung dieses demokratietheoretischen Gedankenguts scheint in Postwachstumsbewegungen eher wenig Resonanz zu finden, in akademischen Debatten hingegen schon (etwa Ott 2012).

(II) „Neo-Athen“-Ansätze sind direkt im Wortsinn radikal, gehen sie doch auf die gemeinhin als Ursprung der Demokratie geltenden und idealisierten Prinzipien zurück, die es historisch in dieser Form selbstredend nie gegeben hat: Unmittelbarkeit, Inklusivität, kollektive Autonomie und die Suche nach dem guten Leben machen den Kern dieser Vorstellungen aus.

Dabei geht es typischerweise um eine Selbstregierung ‚von unten‘ jenseits von Markt und Staat. Entsprechend ist hier vor allem an kleinere, selbstversorgende politische Gemeinschaften zu denken, die sich unmittelbar und extensiv um ihre öffentlichen Angelegenheiten kümmern. Entsprechende Ansätze sind, meist ohne einheitlich bezeichnet zu werden, durchaus häufig, insbesondere wenn es um praktische Beteiligungs- und Entscheidungsfragen in (gegenüber modernen repräsentativen Massendemokratien) alternativen Arten des Zusammenlebens geht. Einschlägige gegenwärtige Vertreter:innen aus dem Theoriebereich werden selten entsprechend bezeichnet oder eingelesen. Typischerweise werden Aristoteles oder Rousseau als demokratietheoretische Traditionslinie benannt.

Die *maximale demokratische Verfügbarkeit* in möglichst umfangreicher inhaltlicher Hinsicht (ökonomisch, soziokulturell, politisch, ökologisch usw.) ist hier das wesentliche Strukturprinzip, das es praktisch umzusetzen gilt. Natur und Gesellschaft sind in diesem Bild genau soweit verfügbar, wie es der konsensuelle demokratische Wille zur Selbstregierung jeweils vorsieht (und das kann sehr weitreichend sein bei ökosozialistischen Vorstellungen, oder eben sehr begrenzt wie im Besitzindividualismus⁹) und tendenziell unverfügbar für übergeordnete anonyme Funktionsprinzipien (wie den Kapitalismus). Un/Verfügbarkeit ist aus dieser Perspektive somit stets auch eine Frage der richtigen Ebene.

In Bezug auf das *Postwachstum* heißt das, dass der Wachstumszwang keineswegs mehr alternativlos erscheint. Durch Gemeinsinn und Gemeinschaftsbezug in sozialökologischen Fragen – etwa mit Fokus auf Commons (Helfrich und Bollier 2019) oder Konvivialismus (Adloff und Caillé 2022) – könnte das moderne Wachstumsregime ganz praktisch überwunden werden. Im Bewegungsbereich sind zudem überschaubare, selbstversorgende, im weitesten Sinne ‚alternative‘ Sozialeinheiten durchaus populär (zur Kritik daran van Dyk 2016). Entsprechende demokratietheoretische Selbstverortungen gibt es etwa bei Takis Fotopoulos‘ „Inclusive Democracy“ (Fotopoulos 1997) oder Ashish Kothari ‚Radical Ecological Democracy‘ (Kothari 2014).

(III) Radikale Demokratie im Sinne des *Postmarxismus*, die gegenwärtig eindeutig am häufigsten in Theoriedebatten eine Rolle spielt, verhält sich in der Regel explizit avers zu beiden genannten Alternativen. Häufig knüpft sie an eine bestimmte Art der Interpretation von Schmitt und Gramsci an,

⁹ Beispielahaft für Ersteres Foster (2020), einschlägig für Zweiteres MacPherson (1990).

und wird vor allem von Denker:innen wie Laclau, Mouffe, Lefort, Badiou, Agamben, Castoriadis oder Rancière vertreten. Diese Demokratieverstellung ist nicht radikal im Sinne einer (Wieder-)Herstellung eines vermeintlich einmal dagewesenen Zustandes, als Rückkehr zu den Wurzeln (wie der Wortstamm ‚radix‘ nahelegt), und auch nicht als Anstreben einer genau ausbuchstabier- und einrichtbaren ‚wahren‘, ‚echten‘, ‚idealen‘ Demokratie zu sehen. Radikal ist sie vielmehr einerseits in ihrer bewussten radikalen Unmöglichkeit, andererseits in ihrer radikalen Infragestellung, Störung oder Bekämpfung der gegebenen Herrschaftsordnung (Norval 2001, 589).¹⁰ Der Kerngedanke ist entsprechend hegemonietheoretisch angelegt und verweist auf Antagonismus und Kontingenz jeglicher normativen ‚Gründung‘ (also temporären Fixierung einer bestimmten Interessens- und Identitätskonstellation) im Medium des Politischen (Marchart 2010). Demokratie ist in diesem Sinne ein Kräftespiel, das nicht abgestellt und damit entpolitisirt werden darf, und somit keine Regierungsform und auch kein Set an institutionalisierten Partizipationsverfahren.¹¹ Dies drückt sich nicht zuletzt in der charakteristischen Unterscheidung von „der Politik“ (im konventionell institutionalisierten Sinne) und „dem Politischen“ (im entgrenzten Sinne) aus. Auf diese Weise werden Ideen der Emanzipation und des Egalitarismus radikalisiert, ohne sie jemals gänzlich bestimmen und in feste Formen gießen zu können; nicht zuletzt in dieser emphatischen Offenheit liegt das anarchische Moment.

In der postmarxistischen (oder mit Marchart auch „postfundamentalistischen“) Variante der radikalen Demokratie zeigt sich eine ausgeprägte *Dialektik aus Verfügbarkeit und Unverfügbarkeit*. Dies ist bedingt durch die Unmöglichkeit einer letztgültigen normativen Gründung, die aber mit beständigen partikularen Neugründung einhergeht. Durch den Dissens zur hegemonialen Ordnung ist der vordringliche Modus (insbesondere etwa bei Jacques Rancière, siehe Rancière 2002, 24; dazu Bohmann 2018) derjenige der Störung und Unterbrechung der Verfügbarmachung von Natur

10 Anders formuliert wird also das Erleben der Unverfügbarkeit ‚idealer‘ Demokratie akzeptiert, die Wirkung der übergreifenden Verfügbarmachung der ‚herrschenden Ordnung‘ jedoch intentional unterbrochen (siehe Typologie in der Einleitung zu diesem Band).

11 Die Institutionenfrage ist gleichwohl das aktuell meistdiskutierte Thema, da es einen entscheidenden Unterschied zwischen Philosophie und Gesellschafts- bzw. Politiktheorie macht; siehe dazu insb. Herrmann und Flatscher (2020).

und Gesellschaft.¹² In gewisser Hinsicht geht es hier auch um die offengehaltene Verfügbarkeit von Demokratie selbst, wobei keine Institution und keine politische Form prinzipiell vom demokratischen Zugriff ausgenommen sind. Demokratie hat zugleich konstitutiv einen unverfüglichen Teil, der jedoch nie finalisiert ausgewiesen werden kann. Eine Demokratisierung der Demokratie bleibt gleichwohl möglich wie nötig.

Im *Postwachstumskontext* bedeutet eine solche Perspektive, sich radikal gegen die Hegemonie des Wachstums und dessen Kontrolleffekte zu stellen. Mehr noch, hier wird die aktive Störung und Subversion des vorherrschenden Sachzwangregimes zur Maxime. Die Ausrichtung ist somit bewusst negativistisch und im Wortsinne an-archisch. Hier liegt auch das implizite Verbindungsglied zum emanzipativen Postwachstumslager, das sich auf kämpferische Weise herrschaftsbefreiend und kapitalismuskritisch positioniert. Während die Interessensüberschneidungen in diesem Typus groß wären, sind ausgeprägte theoretische Verbindungen noch Mangelware.

5. Schlussbetrachtung

Zusammenfassend vergibt sich folgendes Bild: (1.) Demokratie als gestaltender Zugriff weist einen generellen Überhang der Verfügbarkeit auf, mit historisch variablen, dialektischen Gegenmomenten der Unverfügbarkeit (als selbstgesetzte oder funktionale Schranken). (2.) Postwachstum zeichnet sich durch einen Überhang der Unverfügbarkeit als Begrenzung der ökonomischen Verfügbarmachung von Natur (und Mensch) aus, mit dem dialektischen Gegenmoment einer Befreiung der demokratischen Verfügbarmachung jenseits von Sachzwanglogik. (3.) In der weiterführenden Verknüpfung von emanzipativem Postwachstum und radikaler Demokratie lassen sich drei Demokratietypen ausdifferenzieren, die je unterschiedliche Unverfügbarkeitsprofile aufweisen: (I) Die Variante liberale *deliberative Demokratie* basiert auf dem historisch bisher ungekannten modernen Zugriffspotenzial, vorherrschend ist aber die Einhegung der politischen Verfügbarkeit qua Vernunft- und Verfahrensbedingungen. (II) In der Variante kommunitaristisches *Neo-Athen* ist die maximale demokratische Verfügbarkeit in möglichst umfangreicher inhaltlicher Hinsicht das wesentliche Strukturprinzip, mit damit einhergehender Zurückdrängung übergeordne-

12 In dieser Hinsicht ist wiederum Habermas explizit als demokratietheoretischer Gegner angesprochen; siehe Rancière 2002, 59.

ter funktionaler Verfügungsansprüche durch Markt und Staat. (III) In der Variante anarchistischer *Postmarxismus* zeigt sich eine ausgeprägte Dialektik aus Unterbrechung der Verfügbarmachung von Natur und Gesellschaft bei zugleich öffnender Verfügbarkeit von Demokratie überhaupt, wobei bei letzterer durch Unmöglichkeit der Letztbegründung notwendig ein unverfügbarer Wesenszug bleibt.

Literatur

- Adloff, Frank/Caillé, Alain (Hg.) (2022). Convivial Futures. Views from a Post-Growth Tomorrow. Bielefeld, transcript.
- AK Postwachstum (Hg.) (2016). Wachstum – Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise. Frankfurt a.M./ New York, Campus.
- Bohmann, Ulf/Muraca, Barbara (2016). Demokratische Transformation als Transformation der Demokratie: Postwachstum und radikale Demokratie. In: AK Postwachstum (Hg.). Wachstum – Krise und Kritik. Frankfurt a.M./New York, Campus, 289–311.
- Bohmann, Ulf (2018). Rancière und die (radikale) Demokratie – eine Hassliebe? In: Thomas Linpinsel/Il-Tschung Lim (Hg.): Gleichheit, Politik und Polizei. Jacques Rancière und die Sozialwissenschaften. Wiesbaden, Springer VS, 75–90.
- Bohmann, Ulf (2020). Demokratie und Gesellschaft. In: Rosa, Hartmut et al., Gesellschaftstheorie. München, UVK, 191–221.
- Bohmann, Ulf (2023). Was leistet das Konzept der Legitimationskrise? In: Johannes Kiess/Jenny Preunkert/Martin Seeliger/Joris Steg (Hg.). Krisen und Soziologie. Weinheim, Beltz Juventa, 98–116.
- Comtesse, Dagmar et al. (Hg.) (2019). Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch. Berlin, Suhrkamp.
- Crouch, Colin (2008). Postdemokratie. Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- D'Alisa, Giacomo/Demaria, Federico/Kallis, Giorgios (Hg.) (2015). Degrowth. A Vocabulary for a New Era. Oxford: Routledge.
- Van Dyk, Silke (2016). Vorwärts in die Vergangenheit: Postwachstum als Gemeinschaftsprojekt? Zur Wiederentdeckung des Gemeinsinns. In: AK Postwachstum (Hg.). Wachstum – Krise und Kritik. Frankfurt a.M./New York, Campus, 245–267.
- Eversberg, Dennis/ Schmelzer, Matthias (2018). Revolution predigen, Karottensaft trinken? Zum Zusammenhang von Strömungen, Lebensstilen und Aktivismus im Degrowth-Spektrum. In: FJSB 4/2018, 26–36.
- Fotopoulos, Takis (1997). Towards an Inclusive Democracy. The Crisis of the Growth Economy and the Need for a New Liberatory Project. London/New York, Cassell.
- Foster, John Bellamy (2020). The Return of Nature: Socialism and Ecology. New York, Monthly Review Press.

- Habermas, Jürgen (1990). *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft ; mit einem Vorwort zur Neuauflage.* Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1992). *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats.* Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1996). *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie.* Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- Helfrich, Silke/ Bollier, David (2019). *Frei, fair und lebendig. Die Macht der Commons.* Bielefeld, transcript.
- Herrmann, Steffen/Flatscher, Matthias (Hg.) (2020). *Institutionen des Politischen. Perspektiven der radikalen Demokratietheorie.* Baden-Baden, Nomos.
- Hogh, Philip (2021). „Auch die Natur wartet auf die Revolution“. Ansätze einer advokatorischen Ethik der Natur in der Kritischen Theorie. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 69 (5), 742–764.
- Jackson, Tim (2009). *Prosperity without Growth – economics for a finite planet.* New York, earthscan.
- Ketterer, Hanna/Becker, Karina (Hg.) (2019). *Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa.* Berlin, Suhrkamp.
- Kothari, Ashish (2014). *Radical Ecological Democracy. A Path Forward for India and Beyond.* In: Development 57, 36–45.
- Latouche, Serge (2006). *Le pari de la décroissance.* Paris, Éditions Fayard.
- Lessenich, Stephan (2016). *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis.* Berlin, Hanser.
- Luhmann, Niklas (1987). *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie.* Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- Macpherson, C.B. (1990). *Die politische Theorie des Besitzindividualismus.* 3. Aufl. Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- Marchart, Oliver (2010). *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben.* Berlin, Suhrkamp.
- Marcuse, Herbert (1987) [1973]. *Natur und Revolution*, in: ders., *Schriften* 9. Springer, Zu Klampen, 72–94.
- Marcuse, Herbert (2014) [1964]. *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, hg. von Peter-Erwin Jansen. Springer, Zu Klampen.
- Muraca, Barbara (2014). *Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums.* Berlin, Wagenbach.
- Nonhoff, Martin (2019). Jürgen Habermas. In: Comtesse et al. (Hg.). *Radikale Demokratietheorie.* Berlin, Suhrkamp, 294–303.
- Norval, Aletta (2001). *Radical Democracy.* In: Paul Barry Clarke/Joe Foweraker (Hg.). *Encyclopedia of Democratic Thought.* London, Routledge, 587–594.
- Ott, Konrad (2012). Variants of de-growth and deliberative democracy: A Habermasian proposal. In: *Futures* 44, 571–581.

- Paech, Niko (2012). Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München, oekom.
- Rancière, Jacques (2002). Das Unvernehmnen. Politik und Philosophie. Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut (2020). Unverfügbarkeit. Berlin, Suhrkamp.
- Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (2019). Degrowth/ Postwachstum zur Einführung. Hamburg, Junius.
- Vogl, Joseph (2015). Der Souveränitätseffekt. Zürich, Diaphanes.

